



## Washington News

Nr. 21 vom 30. Mai 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **SPOTLIGHT STEUERN: Neue Studie stellt die Vorteile der Steuerreform in Frage**
- **Huawei-Bann hat Auswirkungen auf Telekomfirmen im ländlichen Raum**
- **Tomatenstreit zwischen Florida und Mexiko**
- **SWOT-Analyse USA**
- **Währungspolitik im Fokus**
- **Bericht der US-Notenbank zum wirtschaftlichen Wohlbefinden**
- **Neue Bevollmächtigung der ExIm-Bank**

### Diese Woche in Washington

Während seines viertägigen Staatsbesuchs in Japan rückte US-Präsident Donald Trump die Handelsbeziehungen beider Länder in den Fokus. Er wies auf das US-Handelsdefizit mit Japan von fast 60 Milliarden US\$ hin, äußerte jedoch positiv, dass die Länder derzeit ein bilaterales Abkommen verhandeln. Dies könne bereits im August zum Abschluss gebracht werden, so der Präsident. Die Verhandlungen schritten zügig voran, insbesondere in den Bereichen Rindfleisch und Landwirtschaft. Hinsichtlich der möglichen Erhebung von Zöllen auf japanische Autos verteidigte Trump das Argument der nationalen Sicherheit.

US-Vize-Präsident Mike Pence führt derzeit Gespräche in Kanada, um für USMCA zu werben und die bilateralen Beziehungen zu festigen. Sein Aufenthalt in Ottawa folgt Besuchen in mehreren US-Bundesstaaten, wo er auf Wahlkreisebene die Ratifizierung des Abkommens durch den US-Kongress forderte.

In einem [Meinungsbeitrag](#) forderte der Direktor des *Office of Trade and Manufacturing Policy* im Weißen Haus, Peter Navarro, erneut, dass der [Reciprocal Trade Act](#) verabschiedet werden müsse. Der Gesetzentwurf wurde Anfang dieses Jahres im Repräsentantenhaus vorgelegt und würde den Präsidenten ermächtigen, US-Zölle an die entsprechenden Zollsätze anderer Länder anzupassen. Das *Office of Trade and Manufacturing Policy* analysierte 132 Länder, mit denen die USA keine Freihandelsabkommen unterhalten. Bei mehr als 600.000 Produktlinien seien US-Exporteure zu über zwei Drittel der Fälle mit höheren Zöllen belegt worden. Navarro argumentiert, dass der *Reciprocal Trade Act* das US-Handelsbilanzdefizit um 54,3 bis 63,6 Milliarden US\$ verringern sowie zwischen 350.000 und 380.000 Arbeitsplätze schaffen würde.

### Kurzmeldungen

#### Währungspolitik im Fokus

Das US-Wirtschaftsministerium (DOC) hat eine [Regeländerung](#) vorgeschlagen, um unterbewertete Währungen als staatliche Subventionen zu definieren und dies als Grundlage für die Verhängung von Ausgleichszöllen zu nutzen.

Wirtschaftsminister Wilbur Ross erklärte, dass andere Länder die Währungspolitik nicht länger nutzen könnten, um US-Arbeitnehmer und Unternehmen zu benachteiligen. Schriftliche Kommentare können bis zum 27. Juni 2019 eingereicht werden. Das DOC hat nicht mitgeteilt, wann die Regel in Kraft treten

Anlässlich des am Montag begangenen nationalen Feiertags *Memorial Day* ist der US-Kongress diese Woche nicht in Washington. (ch/cs)

---

## SPOTLIGHT STEUERN: Neue Studie stellt die Vorteile der Steuerreform in Frage

Ein Bericht des unabhängigen *Congressional Research Service* (CRS) kommt zu dem Schluss, dass sich die jüngste Steuerreform bisher nur gering auf Wirtschaftswachstum, Löhne und Investitionen ausgewirkt hätte. Das US-Bruttoinlandsprodukt (BIP) sei zwar um 2,9% im letzten Jahr gewachsen, dies wäre aber nach Berechnungen des *Congressional Budget Office* (CBO) auch ohne die Reform der Fall gewesen. Die wirtschaftliche Wachstumsrate werde zukünftig nicht ausreichen, um die Kosten der Steuerreform langfristig auszugleichen.

Während der Steuerreformdebatte hatten die Republikaner argumentiert, dass Arbeitnehmer von der Senkung der Körperschaftsteuer profitieren werden. Der geschätzte durchschnittliche Körperschaftsteuersatz sei zwar von 23,4% auf 12,1% gesunken, jedoch seien die Löhne nur minimal gestiegen, heißt es im CRS-Bericht. Auch hätten die neuen Anreize für die Repatriierung ausländischer Gewinne das Investitionsverhalten nicht verändert. Im vergangenen Jahr seien 664 Milliarden US\$ aus dem Ausland zurückgeführt worden. Dies sei deutlich mehr als in den letzten drei Jahren (zwischen 144 und 158 Milliarden US\$). Die ausländischen Investitionen hätten sich nur um 0,8% erhöht, während die Unternehmen Aktienrückkäufe mit dem Rekordwert von 1 Billionen US\$ bis Ende 2018 angegeben hätten.

Der führende Demokrat im Finanzausschuss des Senats [Ron Wyden \(D-OR\)](#) nutzte die Veröffentlichung der Studie, um erneut zu kritisieren, dass die Steuerreform lediglich der Privatwirtschaft und wohlhabenden Personen zu Gute komme. (ch)

---

## Huawei-Bann hat Auswirkungen auf Telekomfirmen im ländlichen Raum

Die [Entscheidung](#) des US-Wirtschaftsministeriums (DOC) den Kauf und Einsatz von Technologien und Hardware des chinesischen Telekommunikationsunternehmens Huawei zu verbieten, hat vor allem Auswirkungen auf kleinere Telekomfirmen im ländlichen Raum der USA, wie etwa Missouri, Wyoming oder Kansas. [Laut](#) der *Rural Wireless Association*, dem Verband ländlicher Telekomfirmen, seien landesweit zirka 40 Telekomfirmen mit Technologien der chinesischen Firma Huawei ausgerüstet. Die Kosten für einen Ersatz würden sich allein für die zwölf Mitglieder des Verbands auf 800 Millionen bis 1 Milliarde US\$ belaufen. Mit dem Argument der nationalen Sicherheit hoffen kleine Telekomfirmen auf finanzielle Unterstützung der US-Regierung über den *National Defense Authorization Act* (NDAA), das jährliche Gesetzespaket, das u.a. den Verteidigungsetat der USA festlegt.

China hat währenddessen bei einem Treffen der

wird.

Die Maßnahme des DOC zielt vermeintlich auf China ab. Allerdings wurde das Land nicht als Währungsmanipulator eingestuft. Im jüngsten [Halbjahresbericht](#) des US-Finanzministeriums über die Wirtschafts- und Währungspolitik der wichtigsten US-Handelspartner wurden neun Länder auf eine Beobachtungsliste gesetzt, darunter China, Deutschland, Irland, Italien, Japan, Korea, Malaysia, Singapur und Vietnam. Die Schweiz und Indien wurden von der Liste entfernt. (ch)

---

## Bericht der US-Notenbank zum wirtschaftlichen Wohlbefinden

Aus dem neuen [Bericht](#) der US-Notenbank zum wirtschaftlichen Wohlstand der US-Haushalte geht hervor, dass die finanzielle Lage der 11.000 befragten Erwachsenen im Jahr 2018 weitgehend positiv gewesen sei. Befragt nach ihrem allgemeinen wirtschaftlichen Wohlergehen gaben 75 Prozent der Erwachsenen in den USA an, dass es ihnen gut gehe oder sie komfortabel leben könnten – ein Plus von 12% gegenüber 2013, dem ersten Jahr der Umfrage. Trotz der verbesserten Allgemeinsituation zeigt die Studie aber auch unerschwingliche finanzielle Unsicherheiten auf. Dies gelte vor allem für Personen mit niedrigem



Welthandelsorganisation (WTO) die USA scharf für ihr Vorgehen gegen Huawei kritisiert und der US-Regierung vorgeworfen, die Ausnahmeregelung der WTO für nationale Sicherheit auszunutzen. Auch Huawei selbst geht weitere rechtliche Schritte. Nachdem das Unternehmen im März vor einem Gericht in Texas Klage gegen die USA und speziell gegen § 889 des NDAA einreichte, drängt es nun mit einem [neuen Antrag](#) auf eine zügige Entscheidung des Gerichts. Gemäß [§ 889 des NDAA](#) dürfen Bundesbehörden ab August 2019 keine Telekommunikationsausrüstungen oder Dienstleistungen der chinesischen Unternehmen Huawei und ZTE Corporation in Anspruch nehmen oder neu beschaffen. (vm)

---

## Tomatenstreit zwischen Florida und Mexiko

*Florida Tomato Exchange*, der Verband der Tomatenhersteller in Florida, hatte im November vergangenen Jahres Beschwerde beim US-Wirtschaftsministerium (DOC) eingereicht und gefordert, das 22 Jahre alte *Tomato Suspension Agreement* zu beenden. Das Abkommen unterbindet Anti-Dumping Untersuchungen durch das DOC, solange sich die Tomatenproduzenten beider Länder auf einen Mindestimportpreis für Tomaten einigen. Der jüngste von den mexikanischen Herstellern vorgeschlagene Preis wurde jetzt von ihren floridianischen Kollegen abgelehnt. Statt immer neuer Preisverhandlungen drängen letztere auf eine Neuverhandlung des *Tomato Suspension Agreement*.

Die mexikanischen Produzenten argumentieren, dass Florida über die vergangenen zwei Jahrzehnte hinweg seine Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hätte, Mexiko günstiger produzieren könne und somit auch kein Tomaten-Dumping betreibe. Florida nutze die gegenwärtige Stimmung gegen Mexiko und NAFTA, um Marktanteile zurückzugewinnen. Beide Seiten wollen miteinander weiterverhandeln. (cs)

---

## SWOT-Analyse USA

### Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die USA sind ein hochattraktiver und finanzkräftiger Standort, trotz des offensichtlichen Protektionismus. Die USA bleiben gemessen an der Höhe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und ihrer technologischen Leistungsfähigkeit unangefochten die stärkste Wirtschaftsmacht. Das Land erwirtschaftet rund ein Fünftel des Welteinkommens, es ist rohstoffreich und wandelt sich derzeit von einem Importeur zu einem Netto-Exporteur von Öl und Gas.

Das Wirtschafts- und Finanzsystem ist durch unternehmerische Initiative und Vertragsfreiheit gekennzeichnet. Der Anteil der Dienstleistungen an der BIP-Entstehung beträgt rund 80 Prozent, weitere 19 Prozent entfallen auf die Industrie und 1 Prozent auf die Landwirtschaft. Die vollständige „SWOT-Analyse - USA (Mai 2019)“ finden Sie nach kurzer Registrierung kostenfrei [hier](#). (gtai)

Bildungsstand sowie für Minderheiten. Ein beträchtlicher Anteil der Befragten sei nicht gut auf finanzielle Notfallsituationen vorbereitet. (vm)

---

## Neue Bevollmächtigung der ExIm-Bank

Nachdem das Board der *Export Import Bank* (ExIm) wieder voll besetzt und somit entscheidungsfähig ist, muss die Bank als Ganzes vom US-Kongress neu bevollmächtigt werden. Ihr jetziges Mandat läuft am 30. September aus. Die Vorsitzende des Ausschusses für Finanzdienstleistungen im Repräsentantenhaus Maxine Waters (D-CA) zeigt sich optimistisch, dass dies weit im Voraus zu diesem Termin geschehen wird. Eine entsprechende Anhörung hat sie für Anfang Juni anberaumt. (cs)





Audi



Lufthansa



EVONIK  
POWER TO CREATE

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

## Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

### Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

### Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News  
erscheinen wöchentlich  
und berichten über aktuelle  
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:  
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by  
copyright law of the United States

### **DISCLAIMER**

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit**  
**[www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)**

